PB.L-01-578-2

Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Anja Odendahl (KV Unterallgäu)

Änderungsantrag zu PB.L-01

Von Zeile 577 bis 580:
Fangmengen und Netzlängen reduzieren, die neue bzw. althergebrachte Fanggeräte erproben oder einsetzen und sich für touristische Angebote öffnen. In Meeresschutzgebieten ~~regulieren~~setzen wir ~~die~~uns für ein Verbot von Schleppnetz- und Stellnetzfischerei ~~sowie die touristische Nutzung~~und touristischer Nutzung ein. Aus den Erdölförderanlagen in der Nordsee treten durch Unfälle, ölhaltigen Bohrschlamm mit

Von Zeile 587 bis 589:
Umsetzung der EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie und verbindliche Abkommen über Fangquoten, ein Ende der Fischereisubventionen~~,~~ und auch ein ~~Tiefseebergbaumoratorium sowie die Ausweisung~~Ende von ~~großflächigen Meeresschutzgebieten überlebensnotwendig.~~Fisch als subventioniertes Lebensmittel

, ein Tiefseebergbaumoratorium sowie die Ausweisung von großflächigen Meeresschutzgebieten überlebensnotwendig. Meeresschutzorganisationen wie SeaShepard müssen entkriminalisiert und in ihrer Arbeit unterstützt und gefördert werden.

Begründung

Meeresschutzgebiete sollen auch die Bedeutung bekommen, die die Bezeichnung vermuten lässt. In einem Schutzgebiet gehört kommerzieller Fischfang verboten und auch touristische Nutzung hat dort nichts verloren! 30 Prozent der Weltmeere müssen geschützt werden, damit die Fischpopulationen, Korallen, Meeresböden sich erholen können. Andernfalls wird spätestens ab 2048 kein Fischfang mehr möglich sein.

Fisch ist zu billig! Er wird als Lebensmittel mit unseren Steuergeldern subventioniert, was erheblich zu erhöhtem Fischkonsum in den Industriestaaten beiträgt. Die Fischereiindustrie wird mit 35 Mrd. US Dollar jährlich unterstützt, wir bräuchten laut UN 30 Mrd. US-Dollar, um den Welthunger zu bekämpfen.

Meeresschutzorganisationen wie SeaShepard, die illegalen Fischfang auf See bekämpfen sollen unterstützt statt kriminalisiert werden, denn sie füllen Lücken, die eigentlich auf staatlicher Seite entstehen, weil diese den Fischfang nicht genug kontrollieren.

Wir setzen uns weiter für vertrauenswürdige und **kontrollierte Labels** auf Fischprodukten ein und für ein Verbot von Zertifikaten, die von der Fischereiindustrie käuflich erworben werden können. Das MSC-Label (Marine Stewardship Council) muss von Grund auf reformiert werden. Es finanziert sich zu 80% aus Verkäufen des Labels an die Fischereiindustrie.

weitere Antragsteller*innen

Marita Knauer (KV Ostallgäu); Sabine Weber-Frommel (KV Unterallgäu); Sandra Neubauer (KV Unterallgäu); Robert Blasius (KV Unterallgäu); Philipp Häusele (KV Augsburg-Stadt); Nathan Lüders (KV Ostallgäu); Evi Lichtblau (KV Unterallgäu); Lisa Steber (KV Unterallgäu); Benedikt Neubauer (KV Unterallgäu); Rudolf Mendle (KV Unterallgäu); Uta Sullenberger (KV Sankt Wendel); Felix Gottwald (KV Dresden); Ursula Kaltner-Bayer (KV Memmingen); Kerstin Rosenbaum (KV Unterallgäu); Cornelia Nagel (KV Unterallgäu); Armin März (KV Ostallgäu); Doris Kienle (KV Unterallgäu); Marlene Schmid-Krammer (KV Memmingen); Elisabeth Diefenthaler (KV Memmingen)